

Bewerbung Wolfgang Wieland

Vorstellung

Hiermit bewerbe ich mich für die Landesliste zur Bundestagswahl, und zwar für Platz 2.

Einige Medien schrieben, Wolfgang Wieland sei gesetzt. So etwas gibt es natürlich bei Grüns nicht, schon gar nicht in Berlin. Hier entscheiden immer noch die Mitglieder.

Gesetzt sind daher höchstens die Worte des folgenden Blocks: wer bin ich. 60 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt, verheiratet, mit zwei inzwischen erwachsenen Töchtern. Politisch aktiv seit der Schülerzeit, an vielen Wegen und Irrwegen der bundesrepublikanischen „Neuen Linken“ beteiligt. Gründungsmitglied der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, beinahe auf den Tag vor 30 Jahren(da endeten natürlich die Irrwege). Seit 1987 mit Unterbrechungen im Abgeordnetenhaus von Berlin, überwiegend als Fraktionsvorsitzender. Im rot-grünen Übergangssenat 2001 als Justizsenator und Bürgermeister tätig. Im Mai 2004 Niederlegung des Abgeordnetenmandates, um als Spitzenkandidat in die Brandenburgische Landtagswahl zu ziehen. Dort leider „erfolgreich gescheitert“. Nach Schröders Neuwahlcoup seit Oktober 2005 im Bundestag als Sprecher für Innere Sicherheit aktiv.



Die Frage

Nach dem Ende von Rot-Grün im Bund war es eine beliebte Übung, uns tot zu schreiben. Die Stichworte lauteten: In keiner Landesregierung mehr vertreten, der Patriarch im Ruhestand in den USA, der Oberbürgermeister von Freiburg als der bundesweit höchste Repräsentant, das Kernthema Ökologie angeblich von allen anderen Parteien okkupiert. Kurzum, die Grünen als Auslaufmodell, ohne Macht und Alleinstellungsmerkmal.

Das sieht heute deutlich anders aus. Nicht nur, dass Totgesagte länger leben. Auch vom angeblich ökologischen Aufbruch der anderen Parteien sind nur die Fotos von Merkel und Gabriel vor schmelzenden Eisbergen geblieben. Großen Klimaversprechungen folgen konterkarierende Taten, von der Verhinderung der EU-Abgasnormen bis zum Zuballern der Nord -und Ostseeküste mit Kohlekraftwerken. (Apropos, wir konnten, entgegen vollmundigen Wahlversprechungen, Moorburg nicht verhindern. Die anderen jedoch wollen bewusst solche Kraftwerke, zum Teil verbunden mit einer Renaissance des Atomstromes) Deshalb gilt trotz einzelner Rückschläge: Wir sind nicht nur das Original als ökologische Partei. Wir sind auch nach wie vor die einzigen, die die Überlebensfrage für unseren Planeten in konsequente politische Schritte umsetzen wollen.

Die Grünen allein zu Ökohaus, da tröstet es wenig, dass uns heute wieder alle umarmen und zu sich in das Boot ziehen wollen. Selbst Spätberufene wie Wolfgang Schäuble oder Eberhard Diepgen entdecken ihr Herz für Jamaika. Auch wenn es nervt, die Frage zur Farbe, sie wird gestellt. Und sie muss beantwortet werden.

„Wir können nur Rot- Grün“- diese Zeiten sind erfreulicherweise vorbei. Zwar wird dies sicher unsere Lieblingsoption bleiben. Aber wenn es für sie nicht reicht, verweigern wir uns keiner demokratischen Partei als Gesprächspartner. Aus heutiger Sicht sind allerdings weder Rot -Rot- Grün, noch Jamaika auf Bundesebene eine realistische Perspektive. Endlich wieder die Vereinigung am Koalitionstisch vor Augen, werden Schwarz und Gelb den neoliberalen Turbo aufheulen lassen. Kein Raum für unsere sozialen Überzeugungen zu Grundsicherung und Armutsbekämpfung. Ebenso wenig ist die Linkspartei zurzeit als Partner auf Bundesebene vorstellbar. Wer statt die eigene

Vergangenheit- insbesondere die Stasiverstrickungen- aufzuarbeiten, aktiv Geschichtsrevisionismus a la Lafontaines Leugnung der Zwangsvereinigung zur SED betreibt, wer Europa ablehnt und jeden Auslandseinsatz, sei es im Kongo, sei es im Libanon, verweigert, ist noch sehr lange Zeit nicht regierungsfähig.

Zur Lage

Wie dramatisch sich die Krise des Finanzsystems und die beginnende Krise der Realwirtschaft tatsächlich niederschlagen werden, weiß heute niemand auch nur im Ansatz. Umso notwendiger war es, auf das Hilfspaket der Bundesregierung im Bundestag mit einem Nein zu antworten. Eine derartige Selbstentmachtung des Parlamentes als Hüter des Budgetrechtes zugunsten der Exekutive ist eine Schande. Völlig unverständlich mutet die Bereitschaft an, den Bankern aus der Patsche zu helfen, ohne gleichzeitig und Zug um Zug eine völlige Kurskorrektur zur Kontrolle der Finanzmärkte und Neuausrichtung der Geschäfte durch verpflichtende staatliche Teilhabe zu erreichen. Die jetzt nötige Schadensminimierung kann nur der Staat selber herbeiführen. Überlässt man die Regie den Banken, sanieren sich diese weiterhin zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Last but not least zieht niemand planmäßig die handelnden Personen durch Entlassungen, strafrechtliche Schritte und Schadensersatzforderungen zur Verantwortung. Da wurde nach der Berliner Bankenaffäre ganz anders aufgeräumt.

Bürgerrechtsoffensive im Wahlkampf

Wir müssen ins Auge fassen, dass die bisherigen, bereits höchst beängstigenden, Tendenzen zur Demokratiemüdigkeit durch diese Krisen weiter verstärkt werden. Haben wir uns an Wahlbeteiligungen von nur 50% der Berechtigten beinahe gewöhnt, könnte erneute Massenarbeitslosigkeit und weiterer Sozialabbau zu einer ernsthaften Krise der Demokratie führen.

Wir sind als Grüne aufgerufen, durch Konzepte der Bürgerpartizipation, durch direkte Demokratie auch auf Bundesebene, durch Demokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse Wege zur Abhilfe aufzuzeigen. Auch der kontinuierliche Kampf gegen den Rechtsextremismus gewinnt vor diesem Hintergrund neue Bedeutung.

Zwanzig Jahre nach den Protesten gegen die Volkszählung gehen wieder Zehntausende auf die Straße mit der Parole:“ Meine Daten gehören mir“. Vorratsdatenspeicherung, Erfassung von Flugpassagierdaten, Online-Durchsuchung als staatliches Hacken, Wanze und heimliche Videokamera in der Wohnung, Ausbau des BKA zu einem deutschen FBI mit allen geheimdienstlichen Kompetenzen, das alles macht nicht nur Angst. Sondern es hat auch eine neue Bürgerbewegung hervorgebracht, in der wir von Anfang an integraler Bestandteil waren.

Insbesondere Bundesinnenminister Schäuble baut nicht nur systematisch den Schnüffelstaat aus, sondern will grundsätzlich die andere Republik, will, selbst nach Feststellungen von Richtern am Bundesverfassungsgericht, einen Staat im permanenten Ausnahmezustand. Systematisch will er die Grenze zwischen Polizei und Geheimdienst, zwischen Militär und Polizei, zwischen Kriegsrecht und ziviler Rechtsordnung verwischen. Seine Partei und die Kanzlerin stoppen ihn nicht etwa in diesem Kurs, sondern stellen sich ostentativ dahinter.

Für uns bedeutet dies, auch im Wahlkampf dem Weg in den Überwachungsstaat entschieden Paroli zu bieten. Wir sind nicht nur die originäre Ökopartei, wir sind auch die Partei der Demokratie und der Bürgerrechte.